

*Neues aus der Welt der Wissenschaft*[ORF ON Science - News - Technologie - Wissen und Bildung - Gesellschaft](#)

Die Magie der Technologiepolitik

Ein Diskussionsbeitrag von Norbert Knoll, WIFO

Blickt die heimische Technologiepolitik in eine traumhafte Zukunft oder träumt sie nur davon? Von drei verantwortlichen Ministerien umsorgt hat sie mit der magischen Zahl 2,5 (% des BIP) ein ambitioniertes Ziel vor Augen.

Reduktion auf Zahlenspiele?

Die Reduktion komplexer Fragestellungen auf einfache Zahlen scheint für die zeitgemäße politische Argumentation unverzichtbar. Umweltpolitik orientiert sich an einem Kyotoziel von minus 13% und die angepeilte Neuverschuldung des gesamten öffentlichen Sektors von 0,0% bestimmt Debatten über die Budgetpolitik. Zahlen & insbesondere mit Komma & signalisieren Kompetenz und sind über die Massenmedien leicht transportierbar bzw. vermarktbar.

Zahlen erwecken den Anschein von zielorientiertem Vorgehen und sollen Erfolg oder Mißerfolg von politischem Handeln meßbar machen.

Argumente sind gefragt

Gleichzeitig gilt, daß die mit der Äußerung von Zahlen verbundenen Geltungsansprüche einer über-zeugen-den argumentativen Einlösung bedürfen.

So auch in der Technologiepolitik, die endlich ihre Zahl gefunden hat: Die Forschungsquote & d.h. die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts & soll in Österreich bis zum Jahre 2005 auf 2,5% steigen. Erste Reaktionen auf die Verkündung des in eine Zahl gegossenen Ziels bewegen sich zwischen Respekt vor dem technologiepolitischen Ehrgeiz und Zweifel an seiner Umsetzbarkeit.

Was Beachtung verdient

Vergessen wir für einen Moment jene Zweifel, die in dem Umstand gründen, daß die Anhebung der Forschungsquote von derzeit 1,8% auf 2,5% im Jahre 2005 (nach ersten WIFO-Berechnungen) einen zusätzlichen Mittelbedarf von insgesamt ca. 70 Mrd. S impliziert.

Es gibt mindestens zwei weitere, längst bekannte Tatsachen, die in der Argumentation um ernsthafte technologiepolitische Ziele Beachtung verdienen:

...

Die Österreichische Technologielücke

(1) Die tip-Partner WIFO und ARCS (Forschungszentrum Seibersdorf) haben bereits im Technologiebericht 1999 den Einfluß der Industriestruktur auf die Forschungsquote eines Landes beleuchtet.

Die österreichische Technologielücke läßt sich m.E. als Konsequenz der bestehenden Industriestruktur erklären. Im EU-Vergleich hatte Österreich 1997 den ζ abgesehen von Griechenland und Portugal ζ niedrigsten Anteil an technologiegestützten Branchen in der Sachgüterproduktion; umgekehrt liegt ein überdurchschnittlich hoher Anteil für arbeitsintensive Branchen vor.

(2) Die Durchführung von Forschung setzt hochqualifiziertes Forschungspersonal voraus. Ende 2000 von der OECD vorgelegte Vergleiche der Forschungspersonalquote ζ d.h. des Forschungspersonals in Prozent des Arbeitskräfteangebots ζ verweisen einerseits auf eklatante statistische Lücken Österreichs; die letzten verfügbaren Werte liegen für das Jahr 1993 vor.

Andererseits liegt auch diese Quote weit unter dem Wert sonstiger entwickelter Industrieländer. Unter der Annahme, daß Österreich seither keine von anderen OECD-Ländern stark abweichende Entwicklung genommen hat, sind mit einer raschen Anhebung der Forschungsquote schwer überwindbare Engpässe bei qualifiziertem Forschungspersonal zu erwarten.

...

Technologiepolitik in der Klemme

Die heimische Technologiepolitik steckt in der Klemme, wenn sie sich an der Zahl 2,5 bemißt. Nicht wegen dieser läppischen 70 Mrd. S, die vorwiegend von der heimischen Industrie aufzubringen sind.

Bei aller Liebe zur New Economy: Vor dem Hintergrund, des starken Anteils von Unternehmen in Branchen, die sich nicht technologiegestützt schimpfen und bei überdurchschnittlichem Produktivitätswachstum in den letzten Jahren ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit bewiesen haben, wird wohl niemand ernsthaft die Industriestruktur innerhalb von 5 Jahren radikal umbauen wollen & können.

Zudem müßte heute gehandelt werden, wenn das zum Erreichen einer Forschungsquote von 2,5 % notwendige Forschungspersonal zur Verfügung stehen soll.

...

Mag. Norbert Knoll ist Technologieexperte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

→ [Homepage des WIFO](#)

...

→ [Österreichischer Technologiebericht 1999](#)

→ [Homepage der OECD](#)

Der Technologiebericht 1999 wurde im Rahmen von tip erstellt.

tip (Technologie, Information, Politikberatung) war eine bis Ende 2000 laufende Initiative des BMWA und des BMVIT.

→ [Homepage tip](#)

[gsandtner](#) | 19.02, 05:51**Zuerst Vokabel lernen**

Technologie: Verarbeitung
von Rohstoffen.

Magie, Traum, umsorgt, ambitioniert ...
ist hier von Oesterreich die Rede?

Nach Jahrzehnten der Aushungerung
der Informatik durch den Minoriten-
platz (Computer? Ein Strohfeuer!)
nunmehr die Panik: Computerfuehrer-schein (der Schein
truegt!), IT-
Studienempfehlung, Umschulung un-
vermittelbarer Lehrer, GreenCard etc.

Welcher Informatiker laesst sich von
einer wuchernden Uni-Buerokratie um
die Haelfte des derzeitigen Gehalts
quaelen?

Dipl.-Ing. Dr. A. Gsandtner
InformatikAbsolventenVerband (IAV)

[sensortimecom](#) | 16.02, 20:32**Technologie- und Forschungsförderungspolitik..**

...in Österreich lief in den letzten Jahrzehnten so ab:
Unzählige kafkaeske Vergabestellen auf Bund-, Länder-
und anderen Ebenen - Transparenz NULL...
Dicke Werbe- und Informationsprospekte auf teurem
Hochglanzpapier gedruckt;
Teure Büroräume mit x-Angestellten oder Beamten, denen
eine Förderungsbudget zur Verfügung gestellt wurde, das
zu 85% der Bezahlung ihrer Mitarbeiter diente, zu
(vielleicht?) 15% der Vergabe von Fördermittel;
Endloser Papierkrieg zur Erlangung von
Fördergeldern...
Keinerlei Einspruchsmöglichkeit bei Ablehnung eines
Förderansuchens; keinerlei Angabe von Gründen bei
Ablehnung...
Bevorzugte Vergabe von Fördermittel an Freunde und
politische Günstlinge; oder zumindest an Firmen, die
Druckmittel zur Durchsetzung in der Hand hatten...
Keinerlei Chancen für Einzel-Erfinder oder Außenseiter,
egal wie gut ihre Projekte bzw. der Neuheitscharakter war.
Gute Nacht, Technologiepolitik....

[kearney](#) | 17.02, 17:11**wie wahr**

jedes Wort ist zutreffend - dieser Schwachsinn
kostet Milliarden and Steuergeldern und dient nur
dazu Parasiten durchzufuettern.
Sowohl der bund als auch die Laender erlauben sich
diesen Luxus, der nur Freunderlwirtschaft ist - und
von willigen Medien immer wieder als grossartige
Leistung heruasgestellt wird.
So schaut's aus!.

[maxheadr00m](#) | 16.02, 15:54

eine weitere möglichkeit wäre

die steuerbelastung in den betroffenen bereichen zu reduzieren und im ausgleich den förderschwachsinn aufzugeben (da cashen eh nur protektionskinder und big-player ab...ahja, und die die kreditfinanzieren, also schulden machen..) 

[dietmar13](#) | 16.02, 11:00

dem forschungspersonal auf den unis mehr freiheit geben,

dann müßten diese nicht ins ausland gehen! es geht nicht länger an, daß junge ambitionierte wissenschaftler fast bis zu ihrem 40. lebensjahr (studium, diplomarbeit, diss., postdoc und habilitation) in abhängigkeit irgend eines professors sind. man muß auch auf den unis beginnen guten promovierten wissenschaftlern die möglichkeit geben eigenverantwortlich eine gruppe aufzubauen (labor, einrichtung, geld). 

[kearney](#) | 17.02, 17:14

Abhängigkeit

von Buerokraten scheint Ihnen besser zu gefallen als eine Leitung durch Professoren?

Wer soll denn Ihrer Meinung nach die Leistungen beurteilen - und wollen sie voellig ohne Kontrolle und Vorgaben so vor sich in forschen oder wer soll denn die Randbedingungen setzen?

Get REAL !!

Die ORF.at-Foren sind allgemein zugängliche, offene und demokratische Diskursplattformen. Bitte bleiben Sie sachlich und bemühen Sie sich um eine faire und freundliche Diskussionsatmosphäre. Die Redaktion übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der Beiträge, behält sich aber das Recht vor, krass unsachliche, rechtswidrige oder moralisch bedenkliche Beiträge sowie Beiträge, die dem Ansehen des Mediums schaden, zu löschen und nötigenfalls User aus der Debatte auszuschließen.

Sie als Verfasser haften für sämtliche von Ihnen veröffentlichte Beiträge selbst und können dafür auch gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Beachten Sie daher bitte, dass auch die freie Meinungsäußerung im Internet den Schranken des geltenden Rechts, insbesondere des Strafgesetzbuches (Üble Nachrede, Ehrenbeleidigung etc.) und des Verbotsgesetzes, unterliegt. Die Redaktion behält sich vor, strafrechtlich relevante Tatbestände gegebenenfalls den zuständigen Behörden zur Kenntnis zu bringen.

Die Registrierungsbedingungen sind zu akzeptieren und einzuhalten, ebenso Chatiquette und Netiquette!

[Übersicht: Alle ORF-Angebote auf einen Blick](#)